

Von wegen starke Frau

Bezirksamt zieht Broschüre über „Starke Frauen“ zurück: Streitpunkt: DDR-Richterin Hilde Benjamin

Von Katharina Meyer zu Eppendorf

Die „Bluthilde“ nannte man sie im Volksmund, die DDR-Justizministerin und Vorsitzende mehrerer Schauprozesse. 67 Mal urteilte Hilde Benjamin zwischen 1949 und 1953 über „Republikfeinde“. Ihre Bilanz: zwei Todesurteile, 15 lebenslängliche Haftstrafen, insgesamt 550 Jahre Zuchthaus.

Hilde Benjamin wird aufgrund ihrer Tätigkeit als Richterin nicht nur von Konservativen und AntikommunistInnen kritisch eingeordnet. Sie als eine „starke Frau“ zu bezeichnen läge vielen fern. In einer Broschüre, erschienen im schwarz-grün regierten Bezirk Steglitz-Zehlendorf, ist jetzt aber genau das passiert: „Starke Frauen in Steglitz-Zehlendorf 1945–1990“ heißt das 76-seitige Heft, in dem Hilde Benjamin gewürdigt wird. Beziehungsweise gewürdigt werden sollte. Denn auf der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am Mittwochabend hatten die CDU- und FDP-Fraktion mit ihren Dringlichkeitsanträgen Erfolg, die Broschüre gedruckt nicht weiter vertreiben zu lassen und digital ohne den Beitrag über Benjamin zu veröffentlichen. Mit Ausnahme der Linksfraktion stimmten alle anderen dem Antrag der FDP zu.

Was war passiert? Die Broschüre mit einer Auflage von 100 Stück war im Auftrag des Jobcenters von einem freien Träger erstellt worden, der stellvertretende Bezirksbürgermeister und Stadtrat für Gleichstellung Michael Karnetzki (SPD) hatte darin aber ein Vorwort geschrieben. Vorgestellt hatte sie die Frauenbeauftragte Hildegard Josten auf einer Ausschusssitzung am 9. Mai.

„Es ist natürlich wichtig, dass Frauen geehrt werden, aber doch nicht jemand wie Frau Benjamin“, sagt FDP-Fraktionsvorsitzender Kay Ehrhardt. Diese Ansicht teilte man in der Ausschusssitzung. Gemeinsam einigten sich die Fraktionen darauf, die Broschüre vorerst nicht weiter zu vertreiben und aus dem Internet zu entfernen. Die Senatsverwaltung für Kultur und Europa wusste bis zum Montag nichts von der Broschüre, wie die stellvertretende Sprecherin Anja Scholtyssek der taz mitteilte: „Wir als Senatsverwaltung sind für diese Broschüre auch gar nicht verantwortlich.“ Aber wer dann?

Laut Impressum wurde das Projekt redaktionell von dem Verein Yopic („Young People for International Cooperation e. V.“) betreut, dem Doris Habermann vorsitzt. Erstellt hatten die Broschüre TeilnehmerInnen einer Arbeitsmaßnahme des Job-Centers. Auf Anfrage der taz sagte Habermann: „Wir stehen nach wie vor dazu, Hilde Benjamin in dieser Broschüre genannt zu haben. Benjamin ist eine starke Frau, die sich in ihrer Zeit beispielhaft für die Gleichstellung von Frauen eingesetzt hat. Wir haben ihre Taten ja nicht verheimlicht. Wir wollten ihre wichtige Arbeit für die Gleichberechtigung deshalb aber nicht vernachlässigen.“

Auf die Frage, ob die Würdigung einer Frau, die Todesurteile gesprochen habe, nicht Grenzen überschreite, sagte Habermann: „Menschen sollten auch für ihre positiven Eigenschaften gewürdigt werden. Benjamins Einsatz für die Gleichberechtigung zählt für uns dazu.“

Die Einstellung der Broschüre durch die BVV wollte Habermann nicht kommentieren. Das Logo des Bezirkes, das Yopic ohne dessen Einwilligung auf die Broschüre gesetzt hatte, dafür schon. „Das war ein Fehler“, sagt Habermann.

Um es mit Peter Fox zu singen: Berlin, Du kannst so hässlich sein Foto: Paul Zinken/dpa

„Guten Morgen Berlin“

Das Parlament ist sich über weniger Müll als großes Ziel in seltener Weise einig, fetzt sich aber über den Weg dahin. Sänger Peter Fox dient beiden Seiten als Argumentationshilfe

Von Stefan Alberti

Jetzt könnten sie das eigentlich über die Saaltechnik spontan einspielen. Denn zum zweiten Mal muss nun Peter Fox mit seinem „Schwarz zu Blau“-Lied, in dem er vom hässlichen Berlin singt, als Kronzeuge in der Parlamentsdebatte über zunehmende Vermüllung erhalten – spannenderweise von unterschiedlicher Seite. Aber ach, es bleibt traditionell und bei Zitat. Dabei ist es durchaus ein besonderer Morgen im Abgeordnetenhaus. Weil man sich eigentlich seltenerweise von links bis rechts einig ist, von der Linkspartei bis zur AfD: Der Senat soll für weniger Müll sorgen, eigentlich für gar keinen – „Zero Waste City“ soll Berlin werden.

Mit dem hehren Ziel enden aber die Gemeinsamkeiten, der Weg dahin ist völlig umstritten. Die AfD-Fraktion ist es, die das Thema als zentrales Diskussthemas am Donnerstag auf die Tagesordnung hat setzen lassen. Für sie ist das Mittel ge-

gen Vermüllung und Verwahrlosung klar: Eine „Nulltoleranzpolitik für Berlin“ soll es geben. Als Vorbild nennt der AfD-Abgeordnete Karsten Woldeit den New Yorker Bürgermeister Rudolph Giuliani, der in den 90er Jahren mit einer solchen Strategie die Kriminalität in seiner Stadt deutlich senkte.

„So einfach können wir es uns nicht machen, und so einfach wollen wir es uns auch nicht machen“, kontert der SPD-Innenpo-

litiker Frank Zimmermann, „ein Bündel von Maßnahmen ist nötig, nicht Scheinlösungen, wie Sie sie fordern.“ Beratung und Prävention gehören für ihn genauso dazu, wie Camps von Obdachlosen aufzulösen, was ja geschehen sei.

Die Opposition sieht das ganz anders und wirft der rot-rot-grünen Koalition sinngemäß vor, die Stadt sehenden Auges den Bach runtergehen zu lassen. CDU-Mann Danny Freymark

unternimmt am Rednerpult einen gedanklichen Spaziergang durch Hohenschönhausen, von einem nicht funktionierenden Aufzug an der S-Bahn über ein Polizeigebäude, an dem Sicherheitsnetze vor bröckelndem Putz schützen müssen, bis hin zu einer von vielen sanierungsbedürftigen Schulen. „Guten Morgen Berlin, Du kannst so hässlich sein, so dreckig und grau“, zitiert der CDU-Politiker aus dem Peter-Fox-Text.

„Ja, es ist nicht an jeder Ecke der Stadt schön, sauber und ordentlich“, räumt SPD-Mann Daniel Buchholz ein. Aber da sei ja der „Aktionsplan Saubere Stadt“, für den die Koalition im laufenden Haushalt 35 Millionen Euro eingeplant hat. Und pro Bezirk gebe es acht zusätzliche Stellen in den Ordnungsämtern.

Der Grünen-Abgeordnete Georg Kössler erinnert sich zwar gern daran, wie er das nötige Regal für seine erste Neuköllner Wohngemeinschaft als Sperrmüll direkt vor dem Haus fand. Er stellt aber auch fest: „Wir haben ein Müllproblem.“ Und offenbar auch ein Problem mit gegenseitiger Rücksichtnahme in der wachsenden Stadt: „Wenn Freiheit bedeutet, dass mir so laut vor die Tür gepinkelt wird, dass ich nicht schlafen kann“, erzählt Kössler von einem jüngsten Erlebnis, dann stimme da für ihn etwas nicht.

Ramona Pop, die grüne Wirtschaftssenatorin, vereinnahmt Peter Fox genauso für sich, wie es kurz vorher der CDULER Freymark machte. „Und ich weiß, ob ich will oder nicht, dass ich Dich zum Atmen brauch“, zitiert sie das Songende, ein Liebeslied sei das, keine Anklage. Bei aller Berlin-Liebe hat aber auch Pop kein Verständnis für die, die Müll wegwerfen oder einfach auf die Straße stellen: „Das hat nichts mit Coolness oder Freiheit zu tun.“



„So einfach ist es eben nicht“

Stefan Ziller, Datenschutz-Experte der Grünen im Abgeordnetenhaus, hält es für vertretbar, dass Berlin das neue Datenschutzgesetz nicht pünktlich zum Start der neuen Europäischen Verordnung am 25. Mai schafft

Interview Stefan Alberti

taz: Herr Ziller, die neue Europäische Datenschutzverordnung gilt ab nächste Woche – aber den Entwurf für das Landesgesetz dazu war am Donnerstag erstmals in der Parlamentssitzung und droht erst am 14. Juni beschlossen zu werden. Wie kann das sein?

Stefan Ziller: Ja, das Europäische Parlament hat diese Datenschutzverordnung tatsächlich schon vor zwei Jahren beschlossen, und seither können Entsch Staaten, Bundesländer und Gemeinden darauf vorbereiten. Können oder müssen?

Können, müssen, sollten. Wo bei man dazu sagen muss: Diese Europäische Datenschutzverordnung ist wie ein europäisches Gesetz und gilt von sich aus schon. Sie ermöglicht es aber den Ländern, in einem festgelegten Rahmen besondere Regelungen zu treffen.

Wer also nichts macht, bekommt 1:1 jene Fassung, die das EU-Parlament beschlossen hat?

Ja, aber wir werden in Berlin mit einem neuen Landesgesetz solche Anpassungen beschließen, und zwar nicht erst mit drei Wochen Verzögerung: Wir haben uns nämlich auf eine

Sondersitzung des zuständigen Parlamentsausschusses verständigt und werden das Gesetz so schon in der Plenarsitzung am 31. Mai beschließen können – das sind dann nur noch sechs Tage Verspätung.

Und trotzdem ist Berlin wieder hinten dran. Die FDP sagt, Rot-Rot-Grün habe das Thema völlig verschlafen.

Jetzt könnte ich es mir einfach machen und sagen, dass die Senatsverwaltung für Inneres es nicht rechtzeitig bekommen und uns den Entwurf als Parlamentariern fertig übergeben hat und wir das dann auf die Schnelle nachholen, was vorher nicht geklappt hat. Aber so einfach ist es auch nicht. Es ist eben ein komplizierter Sachverhalt. Wir hatten am Ende noch soviel Diskussionsbedarf, dass es leider länger gedauert hat und eine Woche Verzögerung raus gekommen ist, und das finde ich im Vergleich zu anderen Ländern vertretbar.

Wenn es schon ein extra Landesgesetz gibt: Welche Besonderheiten gibt es denn dabei?

Jedes Bundesland hat über die Verordnung im Kern die Aufgabe, Datenschutzbeauftragte zu benennen und deren Befugnisse zu klären.

Aber das ist doch ein alter Hut. Was ist das Neue?

Wir haben uns beispielsweise dafür entschieden, dass dort, wo es Streit zwischen der öffentlichen Verwaltung und der Datenschutzbeauftragten gibt, die Vorgänge zu uns ins Parlament kommen, damit wir Abgeordnete das entscheiden können. Dann können wir auch sehen, ob wir noch eine weitere Gesetzesgrundlage für eine praktikable Regelung brauchen.

Was sind spezielle Berliner Dinge, die Sie klären sind?

Da sind zum Beispiel die landeseigenen Wasserbetriebe, die BWB. Bisher schickten die jemanden vorbei, um den Zählerstand abzulesen. Künftig aber wollen die das über neue Zähler elektronisch machen.

Wie soll das denn gehen?

Über neue elektronische Zähler, die die Wasserbetriebe einbauen wollen. Da gilt für uns: Der Kunde muss immer wissen können, wann was abgelesen wird, und er muss widersprechen können, wenn aus der Ablesung Verbrauchsprofile erzeugt werden können. Dazu sagen die Wasserbetriebe, wir wollen doch nur einmal im Jahr elektronisch ablesen, das spart doch auch Geld. Unsere Aufgabe

ist nun, eine Rechtsgrundlage für das jährliche, elektronische Ablesen zu schaffen, aber gleichzeitig zu verhindern, dass ohne Einwilligung und Widerspruchsrecht Verbrauchsprofile etwa durch tägliches elektronisches Ablesen entstehen.

Senatorin Scheeres äußerte sich Dienstag kritisch zum Datenschutz: Der Sorge dafür, dass Tausende Schulabgänger nicht mehr für Arbeitsberater erreichbar sind. Muss es grundsätzlich Ausnahmen geben?

Grundsätzliche Ausnahmen sehe ich kritisch, es braucht stattdessen für jeden Bereich klare Regelungen für den Umgang mit personenbezogenen Daten. Was spricht im konkreten Fall dagegen, dass vor Ende der Schulzeit die ja dafür etablierten Jugendberufsagenturen Angebote machen und die Schüler entscheiden, in welchem Umfang sie diese annehmen? In meinen Augen ist es zu spät, wenn sich diese Frage erst nach Ende der Schulzeit stellt.

Dossier SEITE 4-7

Stefan Ziller geboren 1981, Informatiker, ist Mitglied der Grünen-Fraktion im Abgeordnetenhaus und ihr Sprecher für Digitales.

taz veranstaaltung

Diskussion

Kader, Korruption & Kidnapping

Die mutmaßliche Verschleppung des vietnamesischen Ex-Politikers und Geschäftsmannes Trinh Xuan Thanh von Berlin nach Hanoi belastet die bilateralen Beziehungen. Er wurde dort zu lebenslanger Haft verurteilt. Seit April steht in Berlin ein Vietnameser vor Gericht, der an der Entführung beteiligt gewesen sein soll. Was sind die Hintergründe? Wie steht es um das einst gepriesene bilaterale Verhältnis?

Diskussion mit: Petra Schlagenhauf, Rechtsanwältin von Trinh Xuan Thanh, Marina Mai, taz-Autorin mit Schwerpunkt Vietnamesen in Deutschland, Jörg Wischermann, Mitarbeiter des Instituts für Asienstudien/GIGA Hamburg mit Forschungsschwerpunkt Vietnam

Moderation: Sven Hansen, taz-Asienredakteur

Mittwoch, 23. Mai 2018, um 18:30 Uhr, Eintritt frei taz Café, Rudi-Dutschke-Str. 23, 10969 Berlin-Kreuzberg